

**BUNDESMINISTERIUM FÜR UMWELT,
JUGEND UND FAMILIE****Präsidium****A-1015 Wien, Himmelpfortgasse 8
Postfach 10
Telefon 51 433
Durchwahl**

Zl. 53 0201/69-Pr.1/92

Sachbearbeiter: 1106

Dr. Stanzel

Entwurf eines Bundesgesetzes
betreffend das Fernmeldewesen
(Fernmeldegesetz 1993)

BUNDESGESETZENTWURF	
Zl. 114	GE/19 P2
Datum: 23. Okt. 1992	
1.1242 Hoff	
Verteilt	

An das
Präsidium des NationalratesParlament
1010 WIEN

Dr. Kleinsgraber

Im Sinne der Entschließung des Nationalrates, betreffend die Begutachtung der an die vorberatenden Körperschaften und Zentralstellen versendeten Gesetzentwürfe, beehrt sich das Bundesministerium für Umwelt, Jugend und Familie in der Anlage seine Stellungnahme zu dem vom Bundesministerium für öffentliche Wirtschaft und Verkehr erstellten und mit Schreiben vom 25. September 1992, Zl. 122960/III-25/92, versendeten Entwurf eines Bundesgesetzes betreffend das Fernmeldewesen (Fernmeldegesetz 1993) in 25-facher Ausfertigung zu übermitteln.

19. November 1992

Für die Bundesministerin:

Dr. Binder

Für die Richtigkeit
der Ausfertigung:

**BUNDESMINISTERIUM FÜR UMWELT,
JUGEND UND FAMILIE****Präsidium****A-1015 Wien, Himmelpfortgasse 8
Postfach 10
Telefon 51 433
Durchwahl**

Zl. 53 0201/69-Pr.1/92

Sachbearbeiter: 1106

Dr. Stanzel

Entwurf eines Bundesgesetzes
betreffend das Fernmeldewesen
(Fernmeldegesetz 1993)

An das

Bundesministerium für öffentliche
Wirtschaft und Verkehr
Generaldirektion für die Post- und
Telegraphenverwaltung

Postgasse 8

1011 WIEN

Zum Schreiben vom 25. September 1992, Zl. 122960/III-25/92, beehrt sich das Bundesministerium für Umwelt, Jugend und Familie folgende Stellungnahme zu übermitteln:

Grundsätzlich ist es zu begrüßen, daß unter den Anforderungen an Fernmeldeanlagen in § 1 Abs. 3 des Entwurfes neu der Umweltschutz Eingang findet. Es ist jedoch auch wünschenswert, daß an weiteren Stellen im Entwurf, die der bisherigen Rechtslage entsprechen, diese Neuerung Berücksichtigung findet (z.B. §§ 13, 14 betreffend Auflagen und nachträgliche Änderung der Bewilligung). Im Zuge dieser Entwicklung ist es besonders wichtig, daß bei der Bereitstellung des öffentlichen Fernmeldenetzes durch die Post- und Telegraphenverwaltung die Belange des Umweltschutzes als zusätzlicher Aspekt Aufnahme finden, da schon vor der Genehmigung und Errichtung von Fernmeldeanlagen auf den Umweltschutz Bedacht genommen werden muß (§ 34 Abs. 1 des Entwurfes).

25 Ausfertigungen dieser Stellungnahme wurden dem Präsidium des Nationalrates zugeleitet.

19. November 1992

Für die Bundesministerin:

Dr. Binder

Für die Richtigkeit
der Ausfertigung:

